



## Wie im Westen so im Süden?

### Demokratisierung im Spannungsfeld zwischen Universalismus und Partikularismus

#### EDITORIAL

Wenn Demokratie tatsächlich das Regime ist, das die besten Voraussetzungen für friedliche Konfliktlösungen bietet, so folgt daraus, dass Demokratisierung die beste Friedensstrategie darstellt. Doch wie hat der Weg zur Demokratie auszusehen? Und wie lässt sich messen, wie weit Demokratisierung fortgeschritten ist?

Können westliche Demokratien als Vorbilder für „den Süden“ dienen? Oder hat der Westen einen speziellen historischen Weg beschritten, der so für andere Länder der Welt nicht wiederholbar ist? Kann der Westen eine „Messlatte“ für den Süden sein?

Am Beispiel Lateinamerikas stellt Heidrun Zinecker universalistische Ansätze auf den Prüfstand, die das westliche Modell der Demokratie zum unhinterfragbaren Vorbild für Entwicklungsländer machen wollen. Ebenso kritisch betrachtet die Autorin eine extrem partikularistische Interpretation westlicher Demokratisierung, wonach diese nur aufgrund des historisch einmaligen Zusammenspiels von politischer Demokratisierung und wirtschaftlicher Entwicklung möglich war und dementsprechend Demokratisierungsforderungen zurückgewiesen werden.

Wie sich Demokratisierung und Entwicklung heute im Süden zueinander verhalten und ob es einen umsetzbaren Mittelweg zwischen universalistischen und partikularistischen Interpretationen für den Süden geben kann, zeigt die Autorin auf vielschichtige und erhellende Weise.

*Marlar Kin*



Quelle: <http://bombi.net/attac>

*Dt. Fassung:* Quetzal, Magazin für Politik und Kultur in Lateinamerika, 11./12. Jahrgang, Heft 33/34, Winter 2002/03

#### Heidrun Zinecker

Demokratisierung nach westlichem Vorbild ist die vielversprechendste Friedensstrategie, so lautet ein Grundsatz der Friedensforschung, den die HSK überprüfbar will.<sup>1</sup> Abgeleitet ist dieser Grundsatz von der Theorie des demokratischen Friedens, die besagt, dass Demokratien zumindest untereinander keine Kriege führen.<sup>2</sup> Die Wahrscheinlichkeit des Friedens hinge also davon ab, in welchem Maße weltweit Demokratie herrscht und Demokratisierung – und zwar nach westlichem Modell – gelingt. Angesichts dieser Bedingung wird das Problem der Friedensforschung auch zu einem Problem der Demokratisierungsforschung. Bevor die Friedensforschung zeigen kann, ob mehr Demokratisierung nach westlichem Vorbild zu mehr Frieden

führt, ist die Demokratisierungsforschung gehalten, eine Antwort auf die Frage zu geben, wie weit Demokratisierung in den einzelnen Ländern schon gediehen ist.

Doch welcher Maßstab ist dafür geeignet, das zu beurteilen? Haben westliche Demokratien, ja westliche Demokratisierung tatsächlich einen weltweit – auch für den Süden – gültigen Modellcharakter, besitzen sie also einen universalistischen oder nur einen partikularistischen Gehalt? Mit anderen Worten: Sind westliche Demokratie und Demokratisierung ein global anwendbares Modell oder sind sie vielmehr Ausdruck einer partikularen Entwicklung, die so nicht wiederholbar ist? Hier sind die Meinungen geteilt, nicht nur zwischen Westen und Süden, auch im Süden selbst. Aber selbst wenn der Westen in dieser Hinsicht für sich Universalismus beanspruchen kann, entsprechen die politischen Regime im Süden auch

realiter den Kriterien des – polyarchischen, darüber hinaus aber auch zivilisierten, rechtsstaatlichen und inklusiven – westlichen Demokratie-Modells? In der Demokratisierungsforschung obwaltet in dieser Hinsicht nach einer anfänglichen Euphorie der „Gründerzeit“ inzwischen Skepsis. Besteht jedoch zwischen Norm und Realität eine Differenz, dann ist es notwendig, deren typologische Spannweite zu umreißen, die sich in einer „Grauzone“ zwischen Autoritarismus und Demokratie auf tut. Dazu gibt es bereits einige konzeptionelle Vorstellungen, doch ist die Debatte noch am Anfang. Die Friedensforschung muss, wenn sie sich vom Bestehen einer solchen Kluft zwischen Norm und Realität überzeugen lässt und am Universalismus westlicher Demokratie- und Demokratisierungsmodelle orientiert, überprüfen, inwieweit – etwa in Afghanistan, Kolumbien oder den Philippinen – auch eine hinter dieser Norm zurückbleibende Demokratisierung als Friedensstrategie funktioniert.

Der hier vorgelegte Standpunkt hat indes ein weitaus bescheideneres Ziel: In ihm soll lediglich gezeigt werden, wie vielschichtig das auf den Süden bezogene Verhältnis von Universalismus und Partikularismus westlicher Demokratie- und Demokratisierungsmodelle ist und wie problematisch daher vorschnell eindimensionale Schlüsse wären. Dabei soll Universalismus wie Partikularismus zunächst der jeweils allgemeinste Bedeutungsinhalt zugrunde gelegt werden: Universalismus wird als Überordnung des Allgemeinen über das Einzelne und Partikularismus als Überordnung des Einzelnen über das Allgemeine verstanden. So breit definiert, ergeben sich vielfältige Interpretationsmöglichkeiten für die Pole des zwischen beiden bestehenden Spannungsfeldes. Ohne dass damit schon alle Facetten des Verhältnisses ausgeschöpft würden, sollen in diesem Standpunkt schlaglichtartig Fragen aufgeworfen werden, die ganz Abstraktes und ganz Konkretes miteinander verbinden: Sind westliche Demokratie- und Demokratisierungsmodelle Vorbild oder nur Entwurf? Sind sie Ideengebäude oder existieren sie real? Welchen räumlichen Brechungen ist ihre Realisierung im Zeitalter der Globalisierung unterworfen? Gibt es spezifisch südliche Pfade zum westlichen Modell und wie sind sie beschaffen? Und schließlich: Wie breit

ist heutzutage, nach der „dritten Demokratisierungswelle“, die Kluft zwischen westlichem Modell und südlicher Realität und auf welche Weise könnte sie überwunden werden?

Unter „Süden“ werden, wie üblich, die sich auf der südlichen Halbkugel befindenden Entwicklungsländer verstanden. Anders als in den eher entwicklungsökonomisch orientierten Nord-Süd-Analysen wird der Süden jedoch hier nicht mit dem „Norden“, sondern dem „Westen“ konfrontiert. Dabei bezeichnet Westen natürlich dieselbe Region wie Norden – die Industrieländer. Doch symbolisiert er weniger deren ökonomische als deren politische Spezifik – demokratisch konstituiert zu sein. Obgleich sein ursprüngliches Pendant, der reale Sozialismus des Ostens, weggefallen ist, hat sich der Westen als ein politisch normativer Begriff gehalten und wird gerade in dieser Dimension dem „Rest“ der Welt, darunter auch und gerade dem Süden, gegenübergestellt. Der auf die westliche Spezifik der Industrieländer gerichtete Fokus dieses Standpunktes schließt indes die Notwendigkeit ein, deren nördliche Besonderheit – einen maßgeblichen sozioökonomischen Entwicklungsvorsprung gegenüber dem Süden zu besitzen – stets mitzudenken.

### Westliche Modelle - Vorbild oder Entwurf?

Ein erstes Schlaglicht auf den Begriff „Modell“ erhellt, dass dieser mindestens zweifach – sowohl als „Entwurf“ als auch als „Vorbild“ – übersetzt werden kann. Der Terminus „Modell“ lässt zunächst offen, ob Demokratie- bzw. Demokratisierungsmodelle in ihrem Anspruch nur als mögli-



Aufgenommen in einem algerischen Wahllokal.

Bild: dpa

che Entwürfe gelten können oder ob sich das eine oder andere von ihnen tatsächlich vom Entwurf zum normativ geltenden Vorbild gemausert hat. Auch das überzeugendste Vorbild beginnt seine Karriere als Entwurf. Während die Übersetzung „Entwurf“ offen ist sowohl für einen universalistischen als auch für einen nur partikularistischen Gültigkeitsanspruch, setzt die Bedeutung „Vorbild“ wenigstens in der Tendenz einen universalistischen Gültigkeitsanspruch.

Zumindest in der politischen Öffentlichkeit des Westens scheint es unstrittig zu sein, dass die Demokratie des Westens ein universal gültiges Vorbild ist. Doch in der Demokratieliteratur werden immer wieder Zweifel daran laut, ob sich die Frage nach der Vorbildhaftigkeit der im Westen geborenen Demokratie überhaupt begründen lässt. Sie wird als „fachphilosophisch bis heute umstrittene und vielleicht philosophisch gar nicht zu lösende Frage“<sup>3</sup> bezeichnet, wiewohl gerade dieses Modell „unangekränkt von derart Zweifel und Skepsis fröhlich weiter [...] universalistisch interpretiert wird.“<sup>4</sup> In jedem Fall sollte jedoch bedacht werden, dass auch Normen

grundsätzlich nur als Entwürfe entstehen und in einem bestimmten Kontext gewachsene soziale Konstrukte sind. Sie können entsprechend individuellen Präferenzen genauso angenommen wie verworfen werden und sind auch veränderbar. Diese Argumente stellen natürlich nicht in Frage, dass Normen grundsätzlich einen Vorbildcharakter besitzen. Zu beantworten ist vielmehr, ob *westliche* Demokratievorstellungen eine solche Norm darstellen, wie weit ihr Geltungsbereich zu dimensionieren ist und wovon die Dimension des Geltungsbereiches abhängt.

Diese Frage ist in islamisch oder konfuzianisch geprägten Regionen eine andere als in Lateinamerika. In Asien und Afrika werden die westliche Norm und deren universalistischer Gültigkeitsanspruch vielfach dezidiert in Frage gestellt, ja es wird „Entwestlichung“ gefordert. Unter ganz bestimmten historischen Konstellationen, so etwa in den ostasiatischen „Tigerstaaten“, war Modernisierung, aber auch Entwicklung – zu mehr Wohlfahrt und Verteilungsgerechtigkeit – „entwestlicht“ und lange vor einer Demokratisierung möglich. In Lateinamerika hingegen, das den konkreten empirischen Hintergrund für die Überlegungen dieses Standpunkts bildet, werden westliche Demokratienormen nicht nur von den Machthabern, sondern inzwischen auch größtenteils von ihren Herausforderern als politikleitend angesehen.

Das in einen „Western non-Western“-Rahmen gehörende Lateinamerika kann gerade aufgrund seiner historisch gewachsenen politischen Nähe zum Westen als jener *latecomer* in der „Dritten Welt“ betrachtet werden, bei dem westliche Standards am meisten verinnerlicht worden sind. Aber selbst in diesem Teil des Südens, wo der Einfluss des westlichen Modells tatsächlich immer besonders groß war, erwies es sich nicht als kohärent: Denn zum westlichen Einfluss gehören hier nicht nur freiheitliche Verfassungsnormen aus den USA oder Frankreich, sondern beispielsweise auch die tradierten Folgen eines mit dem spanischen Kolonialismus nach Lateinamerika verbrachten Monismus, der mit seiner Orientierung auf den *einen* Gott und den *einen* Herrscher einen philosophischen Nährboden für Autoritarismus legte und von dem die lateinamerikanische politische Kultur bis zum heutigen Tag geprägt ist. Heute ist

es für diesen Subkontinent gerade *wegen* der politischen Nähe bei einer gleichzeitigen ökonomischen Distanz zum Westen besonders schwierig, westliche Modelle kritisch auf tatsächlich Nutzbringendes herauszufiltern und nicht lediglich auf den Transfer solcher Modelle zu hoffen. Für indigene Demokratienormen – so etwa das Rotations- und Konsensprinzip statt des im Westen üblichen Wahl- und Mehrheitsprinzips – wird hier der Gültigkeitsanspruch im Allgemeinen nur für die lokale oder regionale, nicht aber für die nationale Ebene erhoben, wobei jedoch ihre lokale bzw. regionale Umsetzung sogar eine der Garantien für die Erreichung westlicher Standards auf der nationalen Ebene sein dürfte. Es widerspräche dem pluralistischen Anspruch einer westlich verstandenen Liberalität, wenn darin kein Platz wäre für ein indigenes – im Übrigen in der Regel nicht weniger, sondern nur anders demokratisches – Politik- und Rechtsverständnis.

### Westliche Modelle – real existierend oder Ideengebäude?

Wird *Modell* als „Vorbild“ definiert, bleibt die Frage, ob das Vorbild als ein Ideengebäude oder als real existierend angenommen werden soll. In einem zweiten Schlaglicht auf das Spannungsverhältnis zwischen Universalismus und Partikularismus westlicher Demokratie- und Demokratisierungsmodelle stellt sich das Problem, ob letztere nur in den Köpfen kluger Leute im Westen schön zurechtgedacht wurden oder bereits existieren und womöglich einfach kopierbar wären. Für beides gibt es in der Sozial- und Geisteswissenschaft Verfechter. Es war der Vater des demokratischen Friedens, Immanuel Kant, der mit seinem kategorischen Imperativ ein besonders universalistisches Ideengebäude zum Modell erhoben hat: Nach ihm soll der Mensch so handeln, dass die Normen seines Handelns zum Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung werden können. Für die Demokratie, die nach ihrer ursprünglichen Definition die „Herrschaft des Volkes“ ist, gilt erst recht die Normativität des „Unwirklichen“, wie sie für Ideengebäude üblich ist. Spätestens seitdem in der Demokratietheorie die direkte durch die repräsentative Demokratie normativ ersetzt wurde, hat fast jede Bestimmung von Demokratie

## Zum Begriff der *Polyarchie*

Als *Polyarchien* werden jene politischen Regime bezeichnet, für die folgende Fragen positiv beantwortet werden können\*:

1. Werden die Politikentscheidungen der Regierung von gewählten Bürgern kontrolliert (*electe d officials*)?
2. Finden regelmäßig freie und faire Wahlen statt, in denen über die zu Wählenden, und zwar ohne Zwangsausübung auf die Wählerschaft, abgestimmt wird (*free and fair elections*)?
3. Haben alle Erwachsenen das Recht (und die Möglichkeit), an diesen Wahlen teilzunehmen (*inclusive suffrage*)?
4. Haben alle Erwachsenen das Recht (und die Möglichkeit), in diesen Wahlen zu kandidieren (*right to run for office*)?
5. Haben die Bürger das Recht (und die Möglichkeit), sich frei – ohne die Furcht vor einer Bestrafung – zu allen politischen Angelegenheiten zu äußern, darunter auch die Regierung, das Regime, die sozioökonomische Ordnung und die herrschende Ideologie zu kritisieren (*freedom of expression*)?
6. Haben die Bürger das Recht (und die Möglichkeit), alternative Informationsquellen zu suchen; existieren solche Quellen überhaupt und sind sie durch das Gesetz geschützt (*alternative information*)?
7. Haben die Bürger das Recht (und die Möglichkeit), unabhängige Organisationen zu gründen, einschließlich unabhängiger Parteien und Interessengruppen (*associational autonomy*)?

\*nach Robert A. Dahl:  
*Democracy and its critics.*  
New Haven/London 1989.

auch jenen resignativen Churchillschen Unterton, nach dem es die schlechteste Regierungsform sei, ausgenommen aller übrigen.

Die viel zitierten US-amerikanischen Demokratietheoretiker Francis Fukuyama und Samuel Huntington haben sich vor diesem Hintergrund entschlossen, auf anspruchsvolle Ideengebäude zu verzichten: Sie meinen, das Vorbild bereits als Realität vorzufinden und nehmen die westliche Demokratie-*Realität* als ein solches an. Deren Vorbildwirkung leiten sie aus dem Anspruch ab, realiter besser und funktionaler zu sein als alle anderen Regime-Realitäten.

Für alle, die real existierende Regime zu werten und deshalb auch jegliche Idee auf die Realität herunterzubrechen haben, ergibt sich die unvermeidbare Gefahr zu vereinfachen. Um einer Operationalisierbarkeit willen werden immer wieder die ausgefeilten Gedankenkonstrukte auf wenige und simplere, das ursprüngliche Ideengebäude nur unvollständig widerspiegelnde Kriterien reduziert. Entweder werden daraufhin, noch immer als Idee, simplere und anspruchslosere Kriterien an die Realität angelegt, etwa wenn Demokratie auf Wahldemokratie reduziert wird oder wenn die Tatsache, dass ein Zivilist Präsident wird, schon als Zeichen für den Übergang vom Autoritarismus zur Demokratie gewertet wird. Oder es wird, wie bei Fukuyama und Huntington, von vornherein jene im Vergleich zu jeglicher Idee unvollkommene Realität zum Modell erhoben, die nach Meinung dieser Autoren diese Kriterien noch am besten erfüllt – die westliche. Nach dieser ersten Minimierung des demokratischen Anspruchs erfolgt dann oft noch eine zweite, wenn im vorausseilenden Gehorsam angenommen wird, dass eine Wiederholbarkeit westlicher Demokratie-Muster im Süden nur auf niedriger Stufe zu erwarten ist, weil dieser strukturell ungünstige Voraussetzungen besitzt. Dabei wird davon ausgegangen, daß in diesem Teil der Welt die „Demokratie-Latte“ schon von vornherein niedriger anzulegen sei, weil es eben der Süden ist, von dem ohnehin nicht viel – zumindest nicht so viel wie im Westen – erwartet werden kann.

Die Ablösung von Militärdiktaturen durch Zivilherrschaft im Süden war natürlich demokratiefördernd, indes für den einen oder anderen Beobachter gleich so überwältigend, dass er bis heute darüber

vergisst nachzufragen, wie es denn um die restlichen Demokratie-kriterien bestellt ist. Dabei geht schon einmal als demokratisch durch, was in Westeuropa als klar nicht-demokratisch betrachtet würde: So gilt im Süden immer wieder *Wahlbetrug* lediglich als noch zu verschmerzende *Wahlunregelmäßigkeit* und „Schönheitsfehler“, was in Europa – man erinnere sich auch an die Kommunalwahlen vom Mai 1989 in der DDR – zu Recht als Zeichen für grundsätzlich undemokratische Wahlen angeprangert wurde. Im Westen würden Wahlen sicherlich kaum als frei und fair gelten, wenn, wie in der einen oder anderen „neuen Demokratie“ des Südens längst verstorbene Personen, gar Ex-Präsidenten, im Wählerregister auftauchten. Wie würde hierzulande bewertet werden, wenn nicht am Wohnort gewählt werden könnte, weil die Wahllokale nach dem Alphabet zugewiesen werden, so dass die Wahlberechtigten oftmals mehrere Stunden unterwegs sein müssten, um zum Wahllokal zu gelangen, was sie aus finanziellen Gründen oftmals vermeiden? Wie würde im Westen reagiert werden, wenn Wahlwerbung noch während der Wahlen stattfände, ja Wählerstimmen gekauft werden könnten? Für den Süden, der zu Zeiten von Militärdiktaturen noch weitaus schwerer wiegende Zeichen von Wahlbetrug aufzuweisen hatte, erscheinen nun diese neuen Verfahrensfehler manchem „realistischen“ Beobachter auch und gerade im Westen als „peanuts“. Im Vergleich zu jenem demokratischen Anspruch, den sich die Transitionsstaaten heute selbst stellen, sind sie es aber nicht.

Eine solche – zumindest unterschwellig vorgenommene – Minimierung des demokratischen Anspruchs beruht oftmals gerade auf der Anerkennung dessen, dass der Süden schlechtere Demokratie-voraussetzungen besitzt als der Westen. Wer zur Historisierung heutiger Politikmuster bereit ist, weiß, dass Demokratie als Ergebnis eines westlichen „Sonderweges“ entstanden ist. Westlicher „Sonderweg“ bedeutet, dass hinsichtlich der gegenseitigen Abstützung von ökonomischer *und* politischer Modernisierung der Westen und nicht die übrige Welt die Ausnahme war. Denn es war eine ganz spezifische historische Konstellation, die das Gros der Welt nicht hatte, welche dem Westen sowohl seinen Entwicklungsalts auch Demokratievorsprung ermöglichen

te. Dieser Sonderweg ist im heutigen Süden nicht mehr gangbar. Das bringt nun manchen Demokratisierungsforscher dazu, die westlichen Normen insofern zu „versüdlischen“, als er sie auf deren Minimalvariante zurechtstutzt.

Statt einer Minimierung des demokratischen Anspruchs, um aus dem „Nichts“ doch noch die Demokratie hervorzaubern zu können, ist eine Spezifizierung westlicher Demokratienormen für die einzelnen Regionen des Südens und eine Kombination mit den dort entstandenen Normen gefragt. Diese Kombinationen können von Kontinent zu Kontinent, von Land zu Land völlig verschieden sein. Für das guatemaltekische Chichicastenango wären demokratische Normen gewiss anders zu operationalisieren als für das afghanische Kandahar, und für beide Städte anders als für Boston, USA. Nur eine solche praktische Übersetzung der Normen in die Realität erlaubt, das dichotomische Verhältnis von Utopie und Pragmatismus aufzulösen und sowohl dem Schicksal der Pragmatiker zu entgehen, die eine durchaus notwendige Operationalisierung der Kategorie „Demokratie“ als eine notwendige Minimierung des demokratischen Anspruchs interpretieren, als auch dem Schicksal solcher Utopisten, die eine solche Operationalisierung ihrem normativ gesetzten Maximalanspruch opfern.

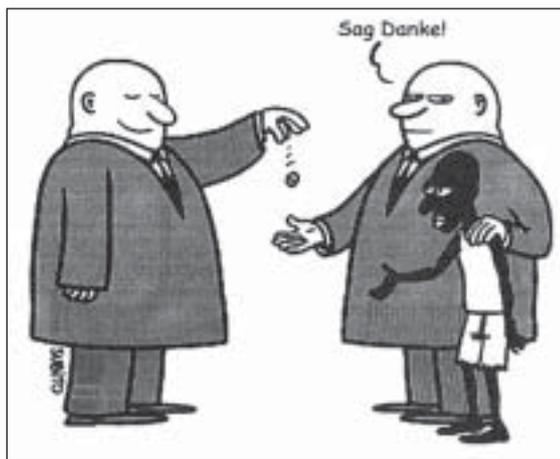
Vom normativen Gültigkeitsanspruch des Modells ist folglich der – universale oder partikulare – reale Geltungsbereich des als Modell angenommenen Konzeptes zu unterscheiden: Es ist also zu fragen, in wieviel Teilen dieser Welt das schon Wirklichkeit ist, was als Vorbild definiert wurde. Der Universalist Fukuyama verneint jede Begrenztheit nicht nur des Gültigkeitsanspruchs, sondern auch des realen Geltungsbereiches westlicher Demokratie: Er überhöht den „Schneeballeffekt“ der „dritten Demokratisierungswelle“ und versucht nachzuweisen, dass sein universalistisches Modell gerade deshalb das „Ende der Geschichte“ markiert, weil es auch realiter bereits allgegenwärtig sei. Huntington sieht dagegen durchaus, dass sich die Normativität des westlichen Demokratiemodells nicht in dessen Allgegenwart niederschlägt. Für ihn hängt das Überleben des Westens davon ab, „dass die Amerikaner ihre westliche Identität bekräftigen und die Westler sich damit abfinden, dass ihre Kultur ein-

zigartig, aber nicht universal ist, und sich einigen, um diese Kultur zu erneuern und vor der Herausforderung durch nicht-westliche Gesellschaften zu schützen.“<sup>5</sup> Huntington macht insofern aus der Not eine Tugend, als er die Allgegenwart des Geltungsbereiches seines Modells einfach bestreitet und diesen partikularistisch definiert: Nur der Westen vermag seiner Meinung nach das Modell auch realiter durchzusetzen und muss sich eben deshalb der Angriffe des nichtdemokratischen östlichen

und südlichen „Restes“ der Welt erwehren. Huntington, der zudem als Vater der These von der „dritten Demokratisierungswelle“ gilt, die ja nicht nur den universalistischen Gültigkeitsanspruch, sondern auch den universalistischen Geltungsbereich westlicher Demokratie bestätigen sollte, wurde damit seinem eigenen Prinzip untreu.

Ausgewogener und ohne die vormachtbewusste Anmaßung der beiden zuvor genannten Autoren setzt sich Amartya Sen mit der unvermeidlichen Diskrepanz zwischen Normativität und Allgegenwart von westlichem Demokratiemodell auseinander: Er bestreitet zwar weder die Möglichkeit eines normativen noch die eines allgegenwärtigen Universalismus. Doch indem er beide „Universalismen“ nicht eindimensional an das westliche Modell bindet, westliche Erfahrungen aber auch nicht aus seinem Modell ausschließt, findet er sie in jenen Werten, wie etwa Freiheit oder politische Partizipation, für die die Menschen seiner Meinung nach in allen Gesellschaften realiter eintreten. Insofern er diese reale Gemeinsamkeit aus allen Kulturen herausfiltert, wird für ihn also zumindest ein Stückchen normativen Universalismus<sup>6</sup> auch zum allgegenwärtigen Universalismus.

Dass das westliche Demokratiemodell, anders als von Fukuyama angenommen, realiter bis heute nicht überall umgesetzt ist, sagt zwar noch nichts darüber aus, ob dies grundsätzlich nicht doch möglich sein könnte, es stellt aber zumindest den Automatismus bzw. die Gewissheit der weltweiten Missionserfüllung in Frage. Der hundertprozentige Triumph westlicher Demokratie ist – nimmt man Japan aus – auf deren westeuropäische, nordameri-



Quelle: <http://bombi.net/attac>  
Dt. Fassung: Quetzal. Magazin für Politik und Kultur in Lateinamerika.  
11./12. Jahrgang, Heft 33/34, Winter 2002/03

kanische und australische Ursprungsregion beschränkt geblieben<sup>6</sup>, und er vollzog sich, wie man weiß, auch hier nicht auf einen Schlag. Nur wenn Demokratisierung kontextualisiert und historisiert wird, kann gezeigt werden, dass es (historisch-) strukturelle Faktoren gibt, die den Universalisierungsanspruch des westlichen Demokratiemodells angreifbar machen und dessen unzureichende Umsetzung im Süden erklären. Das heißt, nur wenn gefragt wird, welche Rolle die im Westen spezifischen ökonomischen und politischen Bedingungen bzw. historischen Zusammenhänge für den Erfolg dortiger Demokratisierung gespielt haben, und wenn gleichzeitig überprüft wird, ob und wie das Fehlen dieser Bedingungen im Süden kompensiert werden könnte, kann herausgefunden werden, ob westliche Demokratie und Demokratisierung auch im Süden wiederholbar sind.

Dabei sind die Besonderheit und Zufälligkeit der Ausgangskonstellation für den politischen Aufstieg Westeuropas und damit auch des westeuropäischen Demokratiemodells zu berücksichtigen: Angesichts des bis 1492 erreichten, ökonomisch begründeten Machtvorsprungs des Westens vollzog sich die zu diesem Zeitpunkt beginnende Universalgeschichte im engeren Sinne mittels einer „Europäisierung“, also durch eine Verwestlichung der Welt, die auf der Vormacht des Westens gegenüber dem Süden fußte. An der wirtschaftlichen Nachholposition des Südens gegenüber dem Westen hat sich seitdem nichts geändert. Gleichzeitig gebiert aber die westliche Norm die Forderung, der Süden müsse, wenn schon nicht die entsprechende Entwicklung, so doch zumindest eine Demokrati-

## Zum Begriff der Demokratisierungswelle

Der Begriff der „Demokratisierungswelle“ wurde von Samuel Huntington eingeführt. Die dritte der „Demokratisierungswellen“ nahm mit der Nelkenrevolution in Portugal 1974 ihren Anfang und erfasst seitdem vollzogenen Wechsel von autoritären bzw. totalitären Regimen.

Samuel Huntington:  
*The Third Wave: Democratization  
in the Late Twentieth Century.*  
Norman 1991.

sierung wie der Westen erreichen. Dies hat er zu bewerkstelligen, ohne dieselbe ökonomische Voraussetzung wie jener zu besitzen, und zudem unter jener subordinierten Position leidend, die er im realen Machtgefüge gegenüber seinem Vorbild bis heute hat.

Modelle, so ließ sich zeigen, können also sowohl aus Ideen als auch aus der Realität extrahiert werden – und nicht nur aus der westlichen. Während Modelle als Idee durchaus vollständig angelegt sein können, sind sie es in der Realität nie – auch nicht in der westlichen. Um Normen mit der Chance auf einen universalen, den Süden einschließenden Geltungsbereich zu finden, muss im Westen wie im Süden danach gesucht werden und zwar in den Ideengebäuden genauso wie in der Realität. So kann eine Schnittmenge jenes Allgemeingültigen gefunden werden, das die Würde und Freiheit des Menschen in den Mittelpunkt stellt. Eine auf diese Weise gewonnene universale Norm ist dann aber auch unhintergebar und darf nicht, auch nicht für den entlegensten Winkel des Südens, minimiert werden. Dass der Süden bei der Erfüllung der Norm im Vergleich zum Westen eine weitaus schlechtere und sich auch im Zeitalter der Globalisierung nicht verbessernde Ausgangsposition hat, ist ein Dilemma, dem er nicht ausweichen kann.

## Demokratisierung und Globalisierung

Ursprünglich hatten universalistischer normativer Gültigkeitsanspruch genauso wie realer Geltungsbereich des westlichen Demokratie- und Demokratisierungsmodells den Nationalstaat zum Ausgangspunkt. In seiner Ausdehnung galt er traditionell für beides als das Universum schlechthin. Angesichts der Globalisierung ist jedoch in einem dritten Blickwinkel diese räumliche Dimension von Universalismus und Partikularismus westlicher Demokratie- und Demokratisierungsmodelle bis zur Weltgesellschaft zu erweitern, und dies, ohne die inneren räumlichen Brechungen des Staates in die regionale, lokale, ja individuelle Ebene zu vergessen.

Gegenüber der Weltgesellschaft gilt der Nationalstaat nur als Partikularum, während er im Verhältnis zur Region, zum Ort

oder gar zum Individuum als Universum gilt. Diese Relationalität verschwindet auch im Zeitalter der Globalisierung nicht. Das heißt, Globalisierung verdrängt trotz der ihr eigenen universalistischen Tendenz die – nationalstaatlichen, regionalen, lokalen und individuellen – Partikularismen nicht. Sie erweitert den Grad des Universalitätsanspruchs, bringt aber gleichzeitig neue Fragmentierungen ein, so dass auf der globalen Ebene die Kluft zwischen Norm und Realität sogar noch größer ist als auf der nationalen.

Inwiefern das bisherige Axiom „ohne den bzw. außerhalb des Container(s) Nationalstaat [gibt es] keine Demokratie“<sup>67</sup> gilt, ist bekanntermaßen höchst umstritten. Wird angesichts von Globalisierung die Gültigkeit dieses Axioms in Zweifel gestellt, bleibt natürlich immer noch die Frage, ob die den Nationalstaat entgrenzende Globalisierung eher Homogenisierung und damit Universalisierung oder eher Fragmentierung, d.h. Partikularismus, von Demokratien und Demokratisierungsprozessen befördert. Vollzöge sich Globalisierung ausschließlich als Homogenisierung, würde sich die Nachholsituation bzw. der Entwicklungsrückstand des Südens und Ostens gegenüber dem Norden und Westen von selbst aufheben. Fände Globalisierung ausschließlich als Fragmentierung statt, würde sie den Entwicklungsrückstand nicht nur vertiefen, sondern auch geographisch ausbreiten.

Hier wird davon ausgegangen, dass sich Globalisierung als Homogenisierung *und* Fragmentierung vollzieht. Transnationale Fragmentierung ist Bestandteil und nicht Gegenstück zur Globalisierung. Im Zuge von Globalisierung verschwindet also weder Partikularismus noch Universalismus, stattdessen entstehen „nur“ neue Verknüpfungen. Ein Universalismus als Aufhebung



Soldaten in Urubá, Kolumbien.

Foto: Jesús Abad Colorado; aus: *Bitácora*, Año 2, No. 3, Octubre 1996.

von Fragmentierung wäre auf der globalen Ebene nur möglich, wenn sich neben Finanzmärkten, Kommunikationsnetzen, *global governance* etc. auch die Verhandlungsmacht von Arbeit entsprechend transnationalisieren und gerade im Süden stärken würde. Das wäre möglich, wenn die Marginalitätsschwelle<sup>8</sup> global, und natürlich vor allem im Süden, angehoben würde, sich also auch die Verhandlungsmacht von Arbeit transnationalisierte und dadurch weltweit stiege.

Insbesondere bei unvollendeter Nationenbildung, aber auch bei unvollendeter oder in Frage gestellter Staatenbildung, wie sie für weite Teile des Südens typisch sind, bewirkt die im Zuge der Globalisierung auftretende neue Fragmentierung auch neue regionale und lokale Zersplitterungen und somit auch völlig neue Partikularismen (Ethno-Nationalismen, Regionalismen etc.) innerhalb der staatlichen Grenzen. Es ist zu bezweifeln, dass die Vollendung von Staatswerdung einfach zu überspringen ist, etwa weil die Globalisierung jeglichen Staat ohnehin zerfallen lasse. Denn der demokratische Nationalstaat ist als Vermittlungsglied zwischen der supranationalen Glo-

balisierungsebene und der subnationalen Regionalisierungsebene von eminenter Bedeutung. Durch Globalisierung vollziehen sich neue Fragmentierungen von staatlichen Binnenräumen. Das heißt, es findet auch eine neue *Eingrenzung* von subnationalen Regionen – etwa durch die *maquila*<sup>9</sup> und damit eine regionale *Ausgrenzung* von nationalen Entwicklungs- und Demokratisierungsprozessen statt. Das im Zuge der Globalisierung, insbesondere von NAFTA, vereinnahmte Chiapas in Mexiko ist in diesem Sinne möglicherweise nur ein Vorbote von Künftigem: Infolge der Rücknahme von Rechten, die den *indigenas* einst durch die Verfassung von 1917 zugesichert worden waren, hat sich mit dem EZLN eine Guerilla mit einem regional-indigenen wie auch „intergalaktischen“ Anspruch konstituiert. Doch bedeutet die Vernetzung zu einer globalen Zivilgesellschaft auch die Vernetzung sämtlicher Defizite der – oftmals desorganisierten, gewaltträchtigen, mafiotischen etc. – nationalen Zivilgesellschaften und nicht, wie immer wieder angenommen, notwendigerweise eine „Globalisierung des Demokratischen“.

Das Individuum ist im Vergleich zu globalen, nationalen, regionalen und lokalen Geltungsbereichen universalistischer Modelle das Partikularum schlechthin. Es kann sich aber der Wirkungsweise keines dieser Geltungsbereiche entziehen, die es konzentrisch umhüllen bzw. sich auf höchst komplizierte Weise untereinander und mit ihm verflechten. Das Individuum Pablo García etwa, seines Zeichens kolumbianischer Kokabauer aus der Region Putumayo, wüsste gewiss ein trauriges Lied davon zu singen, wie sich auf sein – partikulares – Leben die für ihn universalistisch daher kommende Verflechtung von globaler Drogenökonomie, unvollendeter Staat- und Nationenwerdung, regionaler Guerillamacht und lokaler Überwachung durch die *orejas* (Ohren) der *paramilitares* und inzwischen auch der Regierungsarmee auswirkt. Wenn sich Demokratie nur aufgrund der praktisch wirksamen Einsicht ihrer Bürger entwickeln kann<sup>10</sup>, der Bürger Pablo García aber die reale Demokratie auf allen Ebenen als höchst defizitär empfinden muss, und es zu bezweifeln ist, dass er unter diesen Bedingungen westliche Demokratie-Normen verinnerlichen kann, so fragt sich, ob sich der Geltungsbereich der westlichen Demo-

kratie-Norm überhaupt einmal auf das Individuum Pablo García wird ausdehnen können. Damit bekommt die Demokratie noch eine zusätzliche partikularistische Dimension, denn in Putumayo, das heißt an der Peripherie der Peripherie, bündeln sich alle – globalen, nationalen, regionalen und lokalen – Defizite, und sie senken sich alleamt auf die Schultern des Individuums Pablo García nieder, der aber gleichwohl, zusammen mit seinen Mitbürgern, die Verantwortung für das Ausbrechen aus diesem Teufelskreis tragen soll.

Jegliche Norm muss sich in ihrer Realisierung den verschiedensten räumlichen Brechungen stellen. Sie kann sich, will sie ihren Gültigkeitsanspruch in einem möglichst breiten Geltungsbereich einklagen, nicht nur auf *eine*, die nationalstaatliche, Ebene beschränken, genausowenig wie sie den Nationalstaat als einen zentralen Fixpunkt ignorieren darf. Ein Pablo García wird so lange überfordert sein, westliche Normen zu verinnerlichen, solange er nicht spürt, dass diese Normen auch für ihn, seinen regionalen und vor allem lokalen Umkreis Realität werden sowie Vorteile mit sich bringen könnten und dass sein Engagement dafür gefragt ist. Dafür muss er als *citoyen*, aber auch als Produzent und Konsument – vorzugsweise legaler Güter – gestärkt werden. Gerade hierbei könnte der Westen seinen Vorbildanspruch einlösen, indem er Pablo García hilft, selbst Vorbild sein zu können und sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf, oder besser gesagt, dem Dickicht seiner Kokaplantage herauszuziehen.

## Südliche Pfade zum westlichen Modell?

Nun bleibt an vierter Stelle die Frage, auf welchen Wegen der Süden zur Verwirklichung dieser Modelle gelangen kann. Die Modernisierungs- und Demokratisierungsliteratur hat dafür einen spezifischen Begriff parat: den der Pfade. Wird Modernisierung analytisch in (politische) Demokratisierung sowie (sozioökonomische) Entwicklung getrennt, so ergibt sich die Frage, inwiefern Entwicklungs- und Demokratisierungspfade in ihrem Geltungsbereich verwandt bzw. unterschiedlich sind. Nur wenn die Pfade weder identisch noch beziehungslos zueinander sind, kann festgestellt werden, in welchem – universalistischen oder par-

## Zum Begriff der Hybridität

Während der Terminus „Hybrid“ in der Molekularbiologie bzw. Medizin, woher er stammt, nichts weiter bedeutet als „Mischling“ bzw. ein im Ergebnis einer Kreuzung von zwei genetisch verschiedenen Individuen gezeugter Nachkomme, verliert er im kulturtheoretischen Diskurs der Postmoderne diese Eindeutigkeit. Denn hier sind schon die zur Mischung zusammengeführten Elemente in ihren Grenzen nicht exakt bestimmbar, und das entstehende Gemisch kann umso mehr nur fließend und ungefähr sein.

Konzepte hybrider Kulturen entwickeln u.a. folgende Autoren:

Nestor García Canclini: *Culturas híbridadas. Estrategias para entrar y salir de la modernidad.* México D.F. 1990.

José J. Brunner: *El espejo trizado.* Santiago de Chile 1988.

Irmela Schneider: *Von der Vielsprachigkeit zur „Kunst der Hybridation“.* Diskurse des Hybriden. In: Irmela Schneider/Christian W. Thomsen (Hg.): *Hybridkultur. Medien – Netze – Künste.* Köln 1997.

## Zum Begriff der hybriden Regime

Der postmoderne kulturtheoretische Diskurs ist für die Regime-Diskussion insofern wertvoller, als es auch bei Regimen um die Kombination von aus unterschiedlichen Zeiten stammenden Organisationsformen und eigentlich nicht um eine in einem einzigen Moment und nur aus zwei Komponenten vorgenommene Kreuzung geht. Der biologisch-medizinische Ansatz ist wiederum darin nützlich, als er innerhalb der neu entstandenen Kombination die Abgrenzungen der „gekreuzten“ Segmente und auf dieser Basis die Vermischungen und deren Segmente herausfinden will und nicht von vornherein nur „Verwischungen“, „Fließendes“ oder „Ungeföhres“ antizipiert.

Zu hybriden Regimen sei auf folgende Texte verwiesen:

Terry L. Karl: *The Hybrid Regimes of Central America.* In: *Journal of Democracy*, 6 (1995) 1, S. 72-86.

Friedbert W. Rüb: *Hybride Regime: Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitologie.* In: Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert W. Rüb (Hg.): *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen.* Opladen 2002, S. 99-118.

Larry Diamond: *Elections without Democracy. Thinking about Hybrid Regimes.* In: *Journal of Democracy*, 13 (2002) 2, S. 21-35.

tikularistischen – Verhältnis die beiden Pfade zueinander stehen. Während das Ziel – Wohlstand und Demokratie – als universal gelten kann, zeichnen sich die Pfade dahin durch eine Pluralität von Partikularitäten aus.

Entwicklungspfade dürfen allein schon deshalb nicht mit Demokratisierungspfaden gleich gesetzt werden, da es teleologisch aussagen würde, dass jeder Entwicklungspfad zwanghaft zur Demokratie führen muss. Ein Entwicklungspfad kann, aber muss nicht zugleich Demokratisierungspfad sein. So mussten oder müssten beispielsweise oligarchisch bestimmte und gleichzeitig von Gewalt geprägte Entwicklungspfade, wie sie in vielen lateinamerikanischen Ländern auch noch im 20. Jahrhundert beschritten wurden, abgebrochen werden, um Demokratie zu ermöglichen. Zudem ignorierte die Gleichsetzung von Entwicklungs- und Demokratisierungspfad, dass der Entwicklungspfad viel nachhaltiger ist als der Demokratisierungspfad und letzteren auch ausbremsen kann. Ein solcher Partikularismus des Demokratisierungspfades im Vergleich zum Entwicklungspfad ist auch deshalb anzunehmen, weil im Vergleich zum ökonomischen Rückstand des Südens gegenüber dem Westen der Demokratie-Rückstand des Südens geringer geworden ist. Davon wäre abzuleiten, dass unter der gegenwärtig dominierenden geringen Beschleunigung von Entwicklung im Süden der Entwicklungspfad länger als der Demokratisierungspfad ist bzw. sich auch stärker vom westlichen Modell unterscheidet als der Demokratisierungspfad. Nur durch die Trennung von Entwicklungs- und Demokratisierungspfad kann auch erhellt werden, dass Demokratisierung im Süden im Unterschied zum Westen der ökonomischen Entwicklung (von einigen Ausnahmefällen abgesehen) vorausgeeilt ist und als spezifischer politischer Integrationsmodus auf der politischen Ebene etwas vorwegnehmen kann, was auf der ökonomischen Ebene von Entwicklung noch nicht gegeben ist – marktwirtschaftliche Vergesellschaftung und Beseitigung von Marginalität. Eine völlig andere Frage ist, wie weit dieser Vorsprung der Demokratisierung gegenüber der Entwicklung gehen, wie lange er halten kann und inwieweit er auch tatsächlich für die Beförderung von Entwicklung nutzbar ist.

Zur Auflösung des „Henne-Ei-Problems“ von Entwicklung und Demokratisierung haben Crawford Macpherson und Amartya Sen unabhängig voneinander Anregungen geliefert: Beide betrachten sozioökonomische und politische Entwicklung als gleichermaßen wichtig, ohne jedoch sozioökonomische Charakteristika in den politischen Regime-Begriff „hineinzupacken“. Macpherson hat ein, so soll dies hier bezeichnet werden, „Reißverschlussprinzip“ entwickelt. Danach kann sowohl auf politischer als auch auf sozioökonomischer Ebene sukzessive, wechselseitig und jeweils unvollständig Wandel vonstatten gehen und Wandel auf der jeweils anderen Ebene befördern<sup>11</sup>. Auf diese Weise zöge sich der Reißverschluss zu.

Amartya Sen hat hingegen das „Hebelprinzip“ kreiert, demnach in Entwicklungsländern die vom westlichen Modell vorgelebte Reihenfolge der Sequenzen von „fit for democracy“ für das 20. Jahrhundert in „fit through democracy“ umzukehren wäre. Sen hebt die „instrumentelle Relevanz“ von Demokratie als politischen Anreiz für die Verantwortlichkeit von Regierungen und ihre „konstruktive Rolle“ bei der Wertebildung und dem Verständnis von Bedürfnissen, Rechten und Pflichten hervor. Da Demokratie ein „forderndes System“ sei und gleichzeitig eine „Schutzfunktion“ besitze, sei sie gerade für die Armen, für ihr *empowerment*, von Relevanz, weil durch ein *empowerment* der Unterschichten längerfristig das Fließgleichgewicht von Nachfrage und Angebot herzustellen wäre: „People in economic need also need a political voice. Democracy is not a luxury that can await the arrival of general prosperity.“<sup>12</sup>

Rekurriert der sich dem Westen zuwendende Macpherson stärker auf die Gleichzeitigkeit von Demokratisierung und Entwicklung, konstatiert Sen sowohl im Westen als auch im Süden die Ungleichzeitigkeit beider Prozesse, wobei er Demokratie und Demokratisierung die Vorläuferfunktion zuschreibt. Sens „Hebelprinzip“ und Macphersons „Reißverschlussprinzip“ sind miteinander kombinierbar: Von Sen wäre der Gedanke zu übernehmen, dass Demokratisierung über weite Strecken trotz Armut machbar und zur Beseitigung von Armut nützlich ist. Macpherson regt dadurch an, dass bei ihm nicht die Vollendung

des einen Wandels Voraussetzung für anderen Wandel ist, sondern daß beide Prozesse parallel mit temporären Vorteilen für jeweils den einen oder anderen Wandel ablaufen können, sodass der jeweilige Vorteil des einen für die Überwindung eines Nachteils im anderen Wandel fruchtbar gemacht werden kann. Sens „Hebelprinzip“ funktioniert auch innerhalb von Macphersons „Reißverschlussprinzip“, ja an dessen Beginn: Denn der erste vorstehende „Zacken“ im Reißverschluss ist demokratischer Fortschritt, der gewissermaßen in das erste „Loch“ – des sozioökonomischen Rückstands – einrastet. Dabei bildet die Kombination von politischer und ökonomischer Partizipation jenen „Zipper“, mit dem der Reißverschluss zugezogen werden könnte.

Noch ist empirisch nicht zu belegen, ob sich die im Ergebnis von Demokratisierung herausgebildeten und nicht vollständig demokratischen Regime im Gefolge des „Reißverschluss“- bzw. „Hebelprinzips“ komplettieren können, weil sich die Unterschichten ihr über den politischen „Hebel“ der Demokratisierung erreichtes *empowerment* nicht mehr nehmen lassen und nun zur Eindämmung von Marginalität einsetzen. Dies ist aber denkbar. Gelingt das nicht, so kann sich bei den Unterschichten das neu errungene *empowerment* auch mit neuen Frustrationen verbinden, was sich dann in bisher ungekannten, alternativen Demokratisierungs-, aber auch in Entdemokratisierungspfaden Bahn brechen könnte.

### Westliche Modelle - Südliche Realitäten: Wie breit ist die Kluft?

Es können also viele Pfade zur Realisierung von Modellen jenseits von deren Geburtsort führen. Gleichwohl sind sie nicht beliebig: Der Pfad zur Demokratie ist vom Entwicklungspfad eines Landes abhängig, muss diesen aber, will er zur Wirkung kommen, gleichzeitig aufbrechen. Er besitzt also die Funktion eines „Renegaten“ des insgesamt trägeren Entwicklungspfades. Ist es ihm gelungen, den Entwicklungspfad aufzubrechen, besitzt er die historische Aufgabe, die Bresche für einen neuen Entwicklungspfad zu schlagen. Der Demokratisierungspfad ist also gewissermaßen der „Pfadfinder“ des neuen Entwicklungs-

pfades, der dann seinerseits einen enormen Vorteil besäße: Er wäre von Anbeginn demokratisch und hätte somit alle Freiheit, den neuen Entwicklungspfad auf den Pfad auch der übrigen Tugenden menschlicher Entwicklung zu führen – zu Wohlfahrt und Verteilungsgerechtigkeit.

In der Realität ist die Demokratisierung im Süden zumindest bis jetzt zumeist vor der Erreichung des normativ gesetzten Ziels „westlicher Demokratie“ stecken geblieben. Dieses Eingeständnis ist im Vergleich zu den Hoffnungen, die einst die „dritte Demokratisierungswelle“ geweckt hat, trübe, im Vergleich zum status quo ante jedoch erfreulich. Zwischen westlicher Norm und südlicher Realität besteht aber nach wie vor eine Kluft, wenn sie auch kleiner geworden ist. Die Kluft wird in der Demokratisierungsliteratur als „Grauzone“ zwischen Autoritarismus und Demokratie bezeichnet. In dieser „Grauzone“ werden von den einen Demokratisierungsforschern „defekte Demokratien“, von den anderen „Regime-Hybride“ und von den dritten gar nur ein „competitive authoritarianism“ ausgemacht. In allen drei Fällen jedoch sprechen die Ergebnisse zwar von beendeten, aber nicht von vollendeten Transitionen, was impliziert, dass noch Transitionsbedarf besteht, die Transition zur Demokratie also noch fortschreiten müsste. Die hier unter einem fünften und letzten Gesichtspunkt zu stellende Frage nach dem Spannungsfeld zwischen Universalismus und Partikularismus westlicher Demokratie- und Demokratisierungsmodelle ist nun, ob diese „Grauzone“ eine partikulare und gleichzeitig schnell vergängliche oder eine universale (sich universalisierende) und verstetigte (sich verstetigende) Erscheinung ist. Vieles deutet darauf hin, dass sich im Süden gegenwärtig, als Ergebnis bisheriger Demokratisierungsprozesse, statt Demokratie die „Grauzone“ zwischen Autoritarismus und Demokratie universalisiert. Innerhalb der „Grauzone“ avanciert zur Zeit gerade der Regime-Hybrid, der aus demokratischen und aus nichtdemokratischen Segmenten besteht, immer mehr vom partikularen zum universalen Regimetypus. Was aber bedeutet Regime-Hybrid in der politischen Realität des Südens?

Für Pablo García im kolumbianischen Putumayo, dem von seiner Regierung und diversen Demokratie-Indizes immer wieder

bedeutet wird, er lebe in einer „richtigen“ Demokratie, zeigt sich die Hybridität „seines“ politischen Regimes darin, dass er sowohl demokratische als auch nichtdemokratische Räume um sich hat. Das lässt ihn zwar einerseits freier sein als etwa seinen Vater, der noch die Erfahrung einer Militärdiktatur gemacht hatte. Andererseits hat die Sache aber immer dann, wenn Pablo seine Freiheit ausprobieren will, einen Haken: Für Pablo machen Zivilisten und nicht, wie zu Zeiten seines Vaters, ein General die Landespolitik, und auch die politischen Geschicke seines Dorfes leiten Zivilisten. Doch wenn der Ausnahmezustand verkündet wird oder wenn sich der Bürgermeister von Guerilla und/oder *paramilitares* bedroht sieht und flieht, kann sich das ganz schnell ändern. Dann bestimmen wieder Uniformen die Amtsstuben. Daran, dass das Kokafeld, seine einzige Einnahmequelle, mit Pestiziden bestreut wird und darüber immer wieder gepanzerte Armeehubschrauber kreisen, ist Pablo ohnehin gewöhnt. Aber Pablo könnte ja in Wahlen deutlich machen, dass er lieber einen solchen Präsidenten sähe, der der Armee die Besprühung seines Feldes versagte. Und er besitzt tatsächlich die Auswahl zwischen zig Parteien. Vielleicht hat er ja Glück, und der Weg zur Wahlurne ist nicht weit, und er braucht keinen Bus, dessen Nutzung ihm teurer käme als ein Tagesverdienst. Glücklicherweise im Wahllokal gelandet, sollte er sich jedoch genau überlegen, ob er sein Kreuzchen hinter eine von den traditionellen Parteien verschiedene politische Kraft setzt – würde sie zu stark, könnte es sein, dass ihre Kandidaten das nicht überleben. Würde Pablo selbst für eine dieser Parteien aktiv werden, könnten die *paramilitares* denken, dass er ein Guerrilla-Sympathisant sei, was dann auch für ihn nichts Gutes bedeutete. Sollte seine Sympathie jedoch einer traditionellen Partei gelten und er mit ihr gar einen beständigen Kontakt wünschen, so wäre ihm zu raten, dies in alter klientelistischer Manier unter Anbietung des einen oder anderen Dienstes zu tun. Auf keinen Fall dürfte er erwarten, dass es eine kontinuierliche Parteilarbeit gebe, an der er als ein gleichberechtigtes Mitglied regelmäßig und selbstbestimmt teilhaben könnte. Natürlich kann Pablo, wenn er von *paramilitares*, Guerrilla oder auch Kriminellen bedroht wird, die Justiz zur Strafverfolgung anrufen. Aber er

## Entwicklung durch Demokratisierung

*Throughout the nineteenth century theorists of democracy found it quite natural to discuss whether one country or another was fit for democracy. This thinking changed only in the twentieth century, with the recognition that the question itself was wrong: A country does not have to be deemed fit for democracy; rather, it has to become fit through democracy. This is indeed a momentous change, extending the potential reach of democracy to cover billions of people, with their varying histories and cultures and disparate levels of affluence (Hervorhebung im Original – H.Z.).*

Amartya Sen:  
*Democracy as a Universal Value.*  
In: Journal of Democracy. 10 (1999) 3, S. 4.

## Weiterführende Literatur:

Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. München 1992.

Samuel P. Huntington: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Wien 1998.

Crawford B. Macpherson: The Life and Times of Liberal Democracy. Oxford 1977.

Wolfgang Merkel: Defekte Demokratien. In: Wolfgang Merkel/Andreas Busch (Hg.): Demokratie in Ost und West, Frankfurt a.M. 1999, S. 361-381.

Wolfgang Merkel/Aurel Croissant: Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien. In: Politische Vierteljahresschrift, (2000) 1, S. 1-33.

Harald Müller: Antinomien des demokratischen Frieden. In: Politische Vierteljahresschrift, 43 (2002) 1, S. 46-81.

Harald Müller: Sind Demokratien wirklich friedlich? HSFK-Standpunkte 2/2001.

Bruce Russett: Grasping the Democratic Peace. Principles for a Post-Cold War World. Princeton 1993.

Amartya Sen: Democracy as a Universal Value. In: Journal of Democracy. 10 (1999) 3, S. 4-13.

muss fest damit rechnen, dass es entweder Jahre dauert, bis sein Fall bearbeitet wird, oder dass dieser gänzlich der Straflosigkeit anheimfällt. Wenn Pablo denn lesen könnte, die Journalisten keine Angst vor der Publikation der Wahrheit haben müssten, wenn zudem alle – auch die alternativen – Zeitungen sein Dorf erreichten und wenn schließlich Pablo das Geld für einen Zeitungskauf abzweigen könnte, verfügte er über die Möglichkeit, Informationsfreiheit zu genießen. Aber er hat ja in jedem Fall das Fernsehen – dem Abzapfen zentraler Strommasten sei Dank – bei dem er sowie so davon verschont bleibt, hören zu müssen, dass nicht alles Demokratie ist, was ihn umgibt. Natürlich könnte Pablo, etwa wenn er sein Kokafeld und damit seine Existenzgrundlage verlöre, in die Guerilla gehen. Da hätte er wenigstens sein Auskommen. Dort würde er nun aber genau die umgekehrte – allerdings ebenso einseitige – Erfahrung machen: Er würde hören, dass alles, aber auch alles, was ihn umgibt, das Gegenteil von Demokratie sei. Nach demokratischen Handlungsspielräumen zu fragen, so würde ihm erklärt, wäre unsinnig, denn das gesamte Regime sei autoritär, ja faschistisch. Aber auch das irritierte Pablo, denn er *kann* ja unter verschiedenen politischen Optionen wählen, gewählt werden, sich organisieren, alternative Informationen bekommen, sich ohne die Furcht vor einer Bestrafung – zumindest durch den Staat – zu allen politischen Angelegenheiten äußern usw. usf., wenn die Sache nicht jene Haken hätte – und damit begänne die Geschichte von vorn.

In die trockene Sprache der Demokratieforschung übersetzt, widerspiegelt Pablos realer ambivalenter politischer Kontext und sein Problem, sich weder für die Sicht der Regierung – das kolumbianische Regime sei rundum demokratisch – noch für die der Guerilla – es sei rundum nichtdemokratisch – entscheiden zu können, ein reales Regime-Phänomen. Dieses kann mit dem Begriff „Hybrid“ am besten gefasst werden. In Kolumbien, Pablos Vaterland, vereint das Regime-Hybrid polyarchische, also demokratische, mit violenten, nichtrechtsstaatlichen, exklusiven, also nichtdemokratischen, Segmenten.

Durch die Anerkennung von Regime-Hybriden als eigenständigem Regimetypus ist es nicht nur möglich, den Regimeübergang

als widersprüchlichen, voranschreitenden und zurückrollenden, in jedem Fall länger dauernden, oftmals unvollendeten Prozess zu begreifen, sondern auch über die binäre Logik von Autoritarismus und Demokratie hinauszugehen. Eine solche binäre Logik ignoriert, dass in Regime-Hybriden neben Verzahnungen und Vermischungen autoritärer und demokratischer Segmente auch nichtdemokratische Segmente, die aber gleichzeitig auch nichtautoritäre Segmente sind, eingebunden sein können. Sie assimilieren sich auch nicht notwendigerweise und werden nicht völlig – in einer Synthese – aufgehoben. Insofern gilt weder, dass dort, wo kein autoritäres Segment ist, sich zwangsläufig ein demokratisches befindet, noch, dass Regime-Hybride auf die Kombination von Komponenten eines autoritären und eines demokratischen Regimes reduzierbar sind. Vielmehr entsteht dabei eine Mischung konstanter konträrer Segmente. Aber auch die Segmente selbst ändern sich, und in der neuen Mischung kommen ihrerseits neue Misch-Segmente auf. Es ergeben sich also Hybride im Hybrid. Diese matrjoschka-ähnliche Segmentierung von Hybriden in Hybrid-Hybride zeigt an, dass mit der Kategorie „Hybrid“ nicht das Verhältnis von Form und Inhalt bzw. von formaler und substanzieller Demokratie gemeint ist, in dem die Demokratie nur die formale Hülle eines nichtdemokratischen Inhalts wäre. Angesprochen ist vielmehr, wie am Schicksal Pablo Garcías gezeigt, eine Ineinander-Schachtelung von demokratischen und nichtdemokratischen Inhalten. Für innerstaatliche Friedensverhandlungen ist es beispielsweise ein Unterschied, ob nur die Ausräumung hintergebar Defekte

von Demokratie oder, weil die Defekte den Mechanismus „Demokratie“ gänzlich außer Kraft setzen, die Überwindung von Autoritarismus oder eines Regime-Hybrids und die Fortführung der Demokratisierung zur Demokratie auszuhandeln ist. Der

Verhandlungskompromiss besäße jeweils eine völlig unterschiedliche Tiefe.

Wenn anerkannt wird, dass innerhalb der „Grauzone“ zwischen Autoritarismus und Demokratie und auch innerhalb von Regime-Hybriden selbst viele verschiedene „Graustufen“ existieren dann kann davon ausgegangen werden, dass auch der Süden seine eigenen Vorbilder produziert. Natürlich besaß für Nicaragua, El Salvador und Guatemala vor der dortigen Transition sowohl die Demokratie als auch der Jahrzehnte währende Frieden in Costa Rica Vorbildcharakter. Wenn sich die Genese der „Musterdemokratie“ Costa Rica weitaus weniger von den zentralamerikanischen Nachbarstaaten unterschied als die Demokratisierung Westeuropas oder der USA, dann kann dieses Land auch als ein näheres, weil indigeneres Vorbild gelten. Das Beispiel Costa Rica hülfe also als „Brücke“, jenen Teil des westeuropäischen bzw. nordamerikanischen Demokratie-Modells herauszufiltern, der zumindest für Zentralamerika als universalistisch gebraucht werden kann. Vorbildhaftigkeit eines Modells ergibt sich also nur im Vergleich. Wird aber der Vergleich von vornherein auf den Westen eingeschränkt, also partikularistisch und nicht universalistisch konzipiert, dann fallen andere potenzielle Universalitäten als Vergleichsmaßstab weg, was das Gesichtsfeld entscheidend einengt.



„Dass der Frieden mit uns sei“: Dieses Transparent wurde vor Notunterkünften in Nicaragua aufgenommen.

Foto: Michael Kottmeier; aus: Falsch belichtet. Nicaragua im eurofotografischen Blick, hrsg. von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, Berlin 1991.

Die Kluft zwischen westlichen Demokratie-Modellen und südlicher Realität ist schmaler geworden, wenn auch noch bei weitem nicht überwunden. Doch durch die Verringerung der Regime-Kluft hat die Demokratisierung im Süden immerhin mehr erreicht

als ihr sozioökonomisches Pendant, die Entwicklung. Natürlich sind Regime-Hybride, die hier im Mittelpunkt standen, nicht die einzige Regime-Realität im Süden. Es gibt auch dort „vollständige“ Demokratien, ob in Costa Rica, Uruguay, Botswana oder Mauritius. Auch defekte Demokratien sind anzutreffen, etwa in Brasilien, Chile, Bolivien oder Namibia. Und es gibt Regime-Hybride, die ihrerseits so viele Defekte aufweisen, dass das Substantiv „Demokratie“ durch die übergroße Macht des Adjektivs „defekt“ in Frage gestellt ist, aber auch ohne dass alle konstitutiven Merkmale für Autoritarismus Erfüllung fänden. Regime-Hybride existieren nicht nur in Kolumbien, sondern auch in El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Indonesien, Ghana, Senegal, auf den Philippinen. Jedoch – und das wiegt vieles auf – nach autoritären Regimen müsste heute weitaus länger als früher gesucht werden, und in Lateinamerika würde man (sieht man vom spezifischen Fall des totalitären Kubas ab) gar nicht mehr fündig. Die „Grauzone“ zwischen Autoritarismus und Demokratie ist somit eigentlich ganz schön bunt, zumindest facettenreich.

## Schlussfolgerung

Verwestlichung auf der Grundlage westlicher Modelle ist weder rundum gescheitert noch rundum erfolgreich. Modernisierung war, wie in den ostasiatischen „Tigerstaaten“, ohne umfassende Verwestlichung möglich, aber auch, wie in Costa Rica, mit Verwestlichung. Auch die historische Vergänglichkeit von Verwestlichung ist nicht auszuschließen, denn die Gefahr, dass sich im Zuge der Globalisierung auch der Westen „entwestlicht“, ist nicht zu leugnen. Die Vorbildhaftigkeit westlicher Politik-Modelle ist also relativ, das heißt weder grundsätzlich zu bestreiten noch uneingeschränkt gültig. Sie differiert in den einzelnen Regionen dieser Welt. In Lateinamerika ist sie größer als etwa im arabischen Raum. Nicht nur für den Süden bedeutet dies, dass weder die Kopie noch die Ignoranz westlicher Modelle angesagt ist. Auch der Westen wird unter den neuen Bedingungen von Globalisierung seine Erfolgsgeschichte nicht fortsetzen können, wenn er lediglich sich selbst wiederholt und selbstverliebt in den Anblick seines eigenen Spiegelbildes

verharrt. Der Westen wird jedoch seine Forderung nach Verwestlichung der übrigen Welt nicht bzw. höchstens dann zurücknehmen, wenn gerade die Umsetzung dieser Forderung – etwa wegen der Endlichkeit von Ressourcen – seine eigene Position als Westen untergraben würde. Grundsätzlich ist auch von Vorbildern nicht alles zu übernehmen, sondern nur das für die eigene Entwicklung Brauchbare herauszufiltern. Gelernt wird schließlich auch nicht nur von Vorbildern, sondern genauso und möglicherweise vor allem aus der Differenz von Entwicklungsbedingungen und Entwicklungserfordernissen, denn wie sonst könnten die Vorbilder selbst lernen.

Noch sind im Süden die vollständigen Demokratien der Sonderfall. Mehr scheint ohne tiefgreifende Armutsminderung durch marktwirtschaftliche Vergesellschaftung nicht möglich. Gleichwohl verhindern diese Defizite Demokratisierung nicht gänzlich. Die Kraft einer Demokratisierung ohne Entwicklung im Sinne von Armutsminderung reichte in der Regel bislang bis zur „Grauzone“ – nicht mehr und nicht weniger. Das heißt nicht, dass der Süden dem westlichen Maßstab nichts abgewinnen könnte. Es heißt aber in jedem Fall, dass im Süden Realität und Norm noch weit voneinander entfernt sind, wenngleich sie sich innerhalb der „Grauzone“ angenähert haben. Alles in allem ist es also nicht allein das Problem, dass Entwicklungsländer angesichts ihres Nachholdilemmas, das für alle nicht-westlichen Modernisierungsbestrebungen nach den im Westen bereits erfolgreichen industriellen und demokratischen Revolutionen auftritt, nur auf anderen Wegen zum selben Regime-Ergebnis wie der Westen gelangen. Die Frage ist auch, ob und unter welchen Bedingungen sie dies überhaupt vermögen. Es scheint, dass sie statt auf anderen Wegen zum selben Resultat zu kommen, – zumindest vorerst – auf anderen Wegen zu einem anderen Resultat als der Westen gelangen: zu Regimen, die in der „Grauzone“ zwischen Autoritarismus und Demokratie zu verorten sind und darunter zu Regime-Hybriden.

Wie alle Modelle ist auch das westliche Demokratiemodell einst als Entwurf entstanden. Ursprünglich dem Süden qua Vormacht nahegebracht, entwickelte es sich in dem Maße zu dessen Vorbild, wie dieser es – in unterschiedlichen Regionen in unter-

## Anmerkungen:

<sup>1</sup> Harald Müller: Sind Demokratien wirklich friedlich? In: HSFK-Standpunkte, (2001) 2, S. 2.

<sup>2</sup> Harald Müller: Antinomien des demokratischen Frieden. In: Politische Vierteljahresschrift, 43 (2002) 1, S. 46 ff.

<sup>3</sup> Michael Th. Greven: Einführungsvortrag: Demokratie – Eine Kultur des Westens? In: Michael Th. Greven (Hg.): Demokratie eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen 1998, S. 23.

<sup>4</sup> *ibid.*, Fußnote 13 (bei Greven).

<sup>5</sup> Samuel P. Huntington: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Wien 1998, S. 19 f.

<sup>6</sup> Zur Erklärung der dortigen Sonderbedingungen vgl. Peter Gärtner: Nord-Süd-Gefälle und Epochenbruch – Unvollendete Staatlichkeit unter Transformationsdruck. In: Peter Gärtner (Hg.): Staatlichkeit im Epochenbruch? Antworten aus der Perspektive des Südens und Ostens. Hamburg 2001, S. 42 f..

<sup>7</sup> Ulrich Beck: Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? Eine Einleitung. In: Ulrich Beck (Hg.): Politik der Globalisierung. Frankfurt a. M. 1998, S. 13.

<sup>8</sup> Als Marginalitätsschwelle wird der Punkt bezeichnet, an dem die Grenzproduktivität der Arbeit niedriger ist als die Reproduktionskosten von Arbeit. (Vgl. Hartmut Elsenhans: Politökonomische Grundlagen der Autonomie von Zivilgesellschaft durch Konfliktfähigkeit ihrer Bürger. In: Heidrun Zinecker (Hg.): Unvollendete Transitionen in Nichtmarktökonomien. Die Blackbox zwischen Wirtschaft und Staat in den Transitionsländern des Südens und Ostens. Amsterdam 1999, S. 258.)

<sup>9</sup> Maquilas (Lohnveredelungsindustrien) sind in Lateinamerika etablierte westliche, aber auch fernöstliche wirtschaftliche Enklaven, die außer der Beschäftigung billiger einheimischer Lohnarbeit nichts mit dem wirtschaftlichen Kreislauf des Gastlandes zu tun haben. Sie bringen ihre Technologie nicht in das Aufnahmeland ein und konzentrieren sich auf die Fertigungsindustrie.

<sup>10</sup> Vgl. Michael Th. Greven: Einführungsvortrag: Demokratie – Eine Kultur des Westens. Op. cit., S. 24.

<sup>11</sup> Vgl. Crawford B. Macpherson: The Life and Times of Liberal Democracy. Oxford 1977, S. 101.

<sup>12</sup> Amartya Sen: Democracy as a Universal Value. In: Journal of Democracy. 10 (1999) 3, S. 13.

schiedlichem Maße – als attraktiv empfand. Die Attraktivität des westlichen Modells ergab sich für den Süden allerdings nicht aus der Demokratie allein, sondern aus deren erwarteter Funktionstüchtigkeit für Modernisierung und aus der Verknüpfung von Demokratie mit Wohlstand. Eine solche Verknüpfung steht für den Süden jedoch in weiter Ferne. Soll und kann er deshalb nun auf dieses Vorbild verzichten? Mitnichten. Kann er es einfach kopieren? Ebenso wenig. Dem westlichen Modell blindlings zu folgen, wäre schon deshalb aussichtslos, weil das den Weg dorthin angehende westliche „Navigationssystem“ den Süden nicht erfasst, zumal auch die „Zielangabe“ eine andere wäre – eben nicht Boston, USA, sondern Kandahar, Afghanistan, oder Chichicastenango, Guatemala. Die Herausforderung an den Süden ist anspruchsvoller: Statt darauf zu hoffen, dass er sich durch den Einfluss von außen „verwestlicht“, muss er dafür sorgen, dass er selbstbestimmt – und zwar mit eigener Kreativität – und mit seinen eigenen Bedingungen gemäß das westliche Modell „versüdtlicht“, es also weder als Allheilmittel überhöht noch dessen Anspruch minimierend zurechtstutzt, sondern daraus das für ihn Nützliche entnimmt und für seine eigenen Belange anwendbar macht. Das heißt, der Süden muss das Modell zu einem Teil für seine Verhältnisse operationalisieren, zu einem zweiten Teil mit seinen eigenen Entwürfen kombinieren, und er hat zu einem dritten Teil völlig eigene Pfade zur Verwirklichung dieses auf diese Weise kreierten Modells zu finden. Gerade bei dieser Anstrengung muss der Westen den Süden unterstützen, und dies nicht nur aus ethi-

schon Erwägungen, sondern weil es in seinem eigenen Interesse ist.

Die Dichotomie „Universalismus versus Partikularismus von westlichen Demokratie- und Demokratisierungsmodellen“ ist nur heuri-

stisch nützlich: Nur wenn eingeräumt wird, dass Partikularismen und Entwürfen immer die Tendenz inneohnt, sich zum Vorbild zu universalisieren, als auch, dass es einen von Partikularismen unbeschädeten Universalismus nicht gibt, macht sie Sinn.

Insofern unterscheiden sich westliche Demokratie- bzw. Demokratisierungsmodelle nicht vom Anspruch des „demokratischen Friedens“, der besagt, dass Demokratien zu mindest untereinander keine Kriege führen. Doch wenn dies bedeutet, dass Frieden letztlich an – nach westlichem Modell zu entwickelnde – Demokratien gebunden ist, erhält sie einen doppelt universalistisch-normativen Gültigkeitsanspruch: Denn nicht nur Frieden ist vom Anspruch her immer universell, auch dessen Grundlage, das politische Regime einer Demokratie, muss einem solchen Anspruch genügen.

Das Dilemma für den „demokratischen Frieden“ ergibt sich daraus, dass der Prozess zur Demokratie noch länger und schwieriger ist und mehr Alternativen aufweist als der zum innerstaatlichen Frieden. Demokratie ist normativ weitaus stärker aufgeladen als der „negative“, lediglich als

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung  
Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main  
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

Nichtkrieg gefasste Frieden. Wird nun die Etablierung bereits dieses nur „negativen“ Friedens an eine vollständige Demokratie gebunden, avanciert der so konzipierte „demokratische Frieden“ zu einem besonders ambitionierten Unternehmen. Eine vom „demokratischen Frieden“ angeleitete, sich auf die Existenz von Demokratien berufende Friedensforschung muss jedoch die Dilemmata, wie sie in der Demokratisierung des Südens auftreten, ernst nehmen, sonst riskiert sie, unwirksam zu sein, allein schon deshalb, weil sie eine Vielzahl kriegerischer Feindseligkeiten nicht erklären könnte.



*Dr. Heidrun Zinecker ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Demokratisierung und Entwicklung“. Ihren Arbeitsschwerpunkt bilden gewaltsame Konflikte und Demokratisierung in Lateinamerika, vor allem in Kolumbien, El Salvador, Guatemala und Mexiko.*

#### **HSFK-Standpunkte**

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 vom Land Hessen gegründet, arbeitet mit rund 30 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in drei Forschungsgruppen vor allem zu den Themen: Rüstungskontrolle und Abrüstung, Internationale Organisation, Entwicklung und Demokratie sowie in dem Bereich Friedenspädagogik/Konfliktpsychologie. Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Neben den *HSFK-Standpunkten* gibt das Institut mit den „HSFK-Reports“ und „PRIF-Reports“ wissenschaftliche Analysen aktueller Probleme und politische Empfehlungen in Deutsch und Englisch heraus. Die „Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Kon-

fliktforschung“ stellen darüber hinaus grundlegende Forschungsergebnisse des Instituts dar. Mit dem „Friedensgutachten“ legen die HSFK und andere Friedensforschungsinstitute (IFSH, FEST, INEF und BICC) ein gemeinsames Jahrbuch vor, das die laufenden Entwicklungen in Sicherheitspolitik und internationalen Beziehungen analysiert, kritisch kommentiert und Empfehlungen für Politik und Öffentlichkeit gibt.

V.i.S.d.P.: Marlar Kin, Publikationen und Vorstandsangelegenheiten der HSFK, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, Telefon (069) 95 91 04-0, Fax (069) 55 84 81  
E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Angabe der Quelle und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck  
ISSN 0945-9332